



Interviews

Datum: 7. August 2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Kevin Kühnert

Schmidt-Mattern: Wie also die Lücke im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr stopfen? Darüber sind sich offenbar im Moment die Koalitionspartner der Ampelregierung in Berlin noch uneins. Auslöser sind verschiedene Gutachten, die letzte Woche öffentlich bekanntgeworden sind. Und nun wird über ihre Interpretation diskutiert innerhalb der Koalition. Und jetzt live am Telefon der SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert aus Thüringen, wo sie heute mit dem Wahlkampf beginnen. Guten Morgen, Herr Kühnert.

Kühnert: Einen schönen guten Morgen aus Altenburg.

Schmidt-Mattern: Wir kommen ja sowieso jetzt auch noch auf den Haushalt zu sprechen in den kommenden Minuten, aber beginnen wir mal mit Thüringen, da, wo Sie jetzt Wahlkampf machen wollen. Ihre SPD ist dort einstellig in den Umfragen vor der Landtagswahl am 01. September. Sie haben Ihre Tour unter das Motto gestellt: Wir müssen reden. Will da denn noch jemand mit Ihnen reden?

Kühnert: Na, das hat gestern Abend hier in Altenburg sehr gut funktioniert und wird, denke ich, die nächsten Tage auch gut klappen. Ist übrigens ein generelles Attest, nicht nur in Thüringen, dass, glaube ich, in dieser Gesellschaft viel Redebedarf über die aktuellen Themen, auch über Politik ist, und dass wir das auch anbieten müssen. Und das heißt übrigens auch einen anderen Wahlkampf zu machen, dass die Politik nicht aus Berlin ausschwärmt und den Leuten eine Geschichte vom Pferd erzählt, sondern dass wir wirklich auch zuhören und miteinander ins Gespräch kommen. Und dann merkt man auch, dass für sozialdemokratische Politik hier natürlich ein Nährboden da ist. Das wundert auch nicht. Wir haben ja kürzlich bei der Kommunalwahl Landratsämter verteidigt, Oberbürgermeisterposten geholt, auch bei der Bundestagswahl sehr gute Ergebnisse geholt. Aber bei vergangenen Landtagswahlen, Sie erinnern sich alle ja auch noch daran, gab es immer wieder die Situation, dass Schlimmeres verhindert werden sollte. Und es sind viele SPD-nahe Stimmen auch an Bodo Ramelow, an den Ministerpräsidenten, gegangen. Und was man hier einfach merkt,

ist, man muss der Wahrheit ins Auge sehen, Bodo Ramelow wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht wieder Ministerpräsident werden. Und daher bin ich hier auch unterwegs, um den Leuten zu sagen, sie müssen nicht taktisch wählen, sie dürfen nach Überzeugung wählen.

Schmidt-Mattern: Sie sind jetzt unterwegs. Sie wollen jetzt reden. Das trifft auf einen weit verbreiteten Vorwurf in Ostdeutschland, nämlich, dass die meisten Parteien sich nicht haben blicken lassen auf den Marktplätzen in Ostdeutschland in den letzten Jahren. Lediglich die AfD, die stehe jede Woche auf den Wochenmärkten. Jetzt ist Wahlkampf und Sie sind wieder vor Ort. Bestätigen Sie damit ein Vorurteil, einen Vorwurf?

Kühnert: Gut, ich persönlich kann jetzt natürlich nicht in allen Bundesländern andauernd sein. Für unseren Landesverband – ich mache es mal ganz konkret hier am Beispiel Thüringen – will ich das gern einfach mal erläutern. Ich glaube, das trifft auf andere demokratische Parteien auch zu. Wir haben hier 3.500 Mitglieder in Thüringen. Bei den anderen demokratischen Parteien sind es wenig mehr oder sogar weniger. Das heißt, die Menschen, die Wahlkampf machen, das sind ja keine bezahlten Leute. Unsere Plakate hängen ja keine Dienstleister auf und an den Haustüren klingeln auch keine Staubsaugervertreter, sondern das sind ehrenamtliche Mitglieder von demokratischen Parteien. Und hier gilt wie in jedem Ehrenamt, wenn sich nicht genügend Leute finden, die mitmachen, die sich aufstellen lassen für Wahlen, die sich auch an Wahlkämpfen beteiligen, dann wird es auch keine Infostände in den Innenstädten geben und dann werden auch nicht genügend Plakate aufgehängt sein. Also ein Stück weit stellt das auch die Frage an die Zivilgesellschaft: Wie viele Leute beteiligen sich an dem, was wir hier machen?

Schmidt-Mattern: Lassen Sie uns bei Ihren Wählerinnen und Wählern noch mal bleiben. Die SPD hat bei der Europawahl Anfang Juni eine schwere Schlappe eingefahren mit 13,9 Prozent. Jetzt – wie schon gesagt – stehen sie in den Umfragen in Thüringen wenige Wochen vor der Landtagswahl bei rund 7 Prozent. Welche Lehren ziehen Sie denn aus dem misslungenen Europawahlkampf für den Landtagswahlkampf jetzt?

Kühnert: Ganz viele Menschen haben uns bei der Europawahl als thematisch viel zu diffus wahrgenommen. Ich will das auch klar sagen, das hört man auch hier in Thüringen. Da sagen viele, wir wollen natürlich nicht von der AfD regiert werden, aber einfach nur eine Partei wählen, weil sie gegen die AfD und gegen Rechtsextremismus ist, das allein reicht uns noch nicht. Es braucht mehr Argumente. Gerade hier im Osten, wo viele Gerechtigkeitsfragen sich auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ganz klar stellen. Und deswegen wollen wir hier das Vertrauen eben auch über Alltagsthemen, über soziale Fragen zurückgewinnen. Die SPD macht hier Wahlkampf mit Fragen zum Beispiel von Menschen mit sehr, sehr kleinen Renten. Wir haben hier viele Menschen, obwohl sie jahrzehntelang gearbeitet haben. Und hier wird jetzt ganz konkret vorgeschlagen, dass es hier 500 Euro – wir nennen das – Weihnachtsgeld geben soll. Manche werden darüber lachen, aber es ist eben so, dass hier selbst Leute, die Grundrente bekommen, also eigentlich sogar noch einen Aufschlag, Armutsrenten im bundesweiten Vergleich haben. Das ist ein wichtiger Punkt. Oder auch eine Erhöhung des Landesvergabemindestlohns, dass wenn im öffentlichen Auftrag gebaut oder gereinigt wird, es künftig nicht weniger als 15 Euro pro Stunde dafür gezahlt werden sollen. Denn Thüringen ist ein Bundesland, um es mal greifbar zu machen, da hat die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro in quasi jedem Landkreis, in jeder kreisfreien Stadt, für mehr als ein Drittel der Beschäftigten die Löhne angehoben. Könnte man jetzt sagen, ist ein super Erfolg. Ist es auch, zeigt aber eben auch, dass das Lohnniveau für viele Leute ganz niedrig ist. Und das treibt die hier um und sorgt auch für ein bisschen Stunk.

Schmidt-Mattern: Sorgt für ein bisschen Stunk. Und es gibt andere Themen noch, bei denen sich die Frustration der Wähler entlädt. Das ist entweder in der Migrationspolitik, aber auch sehr konkret gegenüber der Ampelkoalition in Berlin. „Die Ampel muss weg“, heißt es auch auf vielen ostdeutschen Marktplätzen im Moment. Was tun Sie gegen diesen Trend?

Kühnert: Erst mal steht die Ampel hier überhaupt gar nicht zur Abstimmung. Die regiert nicht in Erfurt und sie wird ...

Schmidt-Mattern: Aber sie trägt die Wahlkämpfe mit natürlich.

Kühnert: Na ja, das muss man ehrlich gesagt auch mal ein bisschen hinterfragen. Ich habe hier gestern in Altenburg mit unserem Spitzenkandidaten und Innenminister Georg Maier zwei Stunden eine Veranstaltung gemacht. Die Themen mit den Leuten, die von vor Ort dagewesen sind, sind Unterstützung von Vereinen gewesen, Schieneninfrastruktur, Daseinsvorsorge, Renten und anderes mehr. Ja, es ist auch um Migrationsfragen gegangen, aber gar nicht unbedingt das, was alles so im politischen Berlin gern diskutiert wird. Ich will nicht behaupten, dass das keine Bedeutung hat, aber manchmal haben wir da schon auch eine schiefe Wahrnehmung vor Ort. Die Ampel ist nicht sonderlich beliebt. Das ist uns vollkommen klar. Aber ich bin schon auch ein bisschen erstaunt, wenn ich hier durch Thüringen oder auch durch Sachsen fahre und mir die Plakate von manchen angucke, da werden Lösungen oder zumindest Parolen für alles Mögliche geboten, für Weltfrieden, für den Ukraine-Krieg und alles Mögliche, aber eben nicht für die Alltagsfragen der Leute. Und ich finde, wir müssen auch ein bisschen lauter bleiben und sagen, das ist hier eine Landtagswahl und hier geht es um die Frage, wie das Land in den nächsten fünf Jahren regiert wird.

Schmidt-Mattern: Ja. Herr Kühnert, Sie haben Ihren Spitzenkandidaten Georg Maier für die SPD gerade selbst erwähnt. Der hat sich noch nach der Europawahl bitter beschwert, auch bei der Bundespartei, und hat gesagt, die soziale Schere zwischen Ost und West ist 34 Jahre nach der Einheit immer noch so weit auseinander. Die SPD – ich zitiere Georg Maier – hat es versäumt, diese soziale Schieflage in Deutschland zum Thema zu machen. Lässt sich dieses Versäumnis jetzt vier Wochen vor der Wahl noch aufholen?

Kühnert: Ich glaube, das ist auch ein bisschen der Frust des Wahlkämpfers gewesen. Ich habe ihn da gestern ein bisschen differenzierter erlebt. Natürlich sieht auch Georg Maier und weiß, dass die Schere ohne Politik der SPD viel größer wäre. Denn ohne die SPD gäbe es gar keinen Mindestlohn in Deutschland, gäbe es gar keine Grundrente und anderes mehr. Alles Sachen für fleißige Leute. Aber – wie eben schon ausgeführt – trotz dieser Maßnahmen gibt es immer noch eine Lücke an vielen Stellen. Wenn ich als Beispiel nehmen darf, die Erbschaftssteuer. Im Osten gibt es aus historischen Gründen quasi keine großen Vermögenswerte. Das Land Thüringen hat letztes Jahr aus der Erbschaftssteuer 27 Millionen Euro rausgeholt. In Deutschland insgesamt waren es neun Milliarden. Das heißt, das Land hat 0,3 Prozent Anteil am Aufkommen der Erbschaftssteuer, hat aber 2,5 Prozent der Einwohnerinnen und

Einwohner. Das wirkt sich natürlich aus auf einen Landeshaushalt und auf die Spielräume vor Ort. Und deswegen sind wir hier gemeinsam zusammen unterwegs, um zu sagen, Bund und Land müssen sich mehr um Gerechtigkeitsfragen kümmern, im Steuersystem wie auf dem Arbeitsmarkt. Und die Stimme dafür ist die SPD. Hier treten viele Ängste- und Sorgenbewirtschafter bei dieser Wahl an, die vor allem ihr eigenes Vorankommen im Blick haben. Und mit Georg Maier tritt ein Antipopulist an. Und ich glaube, was gerade hier in der Landesregierung gebraucht wird, sind Antipopulisten, die einfach ihre Arbeit machen.

Schmidt-Mattern: Herr Kühnert, statt um Gerechtigkeitsfragen kümmert sich die Ampel aber offenbar gerade mehr wieder um den Haushaltsstreit. Bisher ist überhaupt nicht absehbar, wie dieser neue Konflikt, der ja vor allem zwischen Ihnen, den Sozialdemokraten, und der FDP ausgetragen wird, gelöst werden soll. Der Kanzler hat sich gestern aus dem Urlaub heraus gemeldet und gesagt, wir kriegen das hin. Steht damit in diametralem Widerspruch zum Finanzminister. Und die Frage ist jetzt: Wie wollen Sie die Kuh vom Eis kriegen? Welche Lösung wollen Sie bieten, um auch wieder geschlossen dazustehen?

Kühnert: Da ist meine Erwartung ganz klar an die Regierungsmitglieder. Und das ist ja auch das, was der Bundeskanzler gestern deutlichgemacht hat.

Schmidt-Mattern: Die Partei will nicht mitreden?

Kühnert: Na, wir reden natürlich mit unseren Regierungsvertretern. Aber Sie dürfen mir glauben, ich habe keine Freude daran, wenn ich wie in den letzten Tagen die Verlautbarung von FDP-Ministern und anderen Vertretern dieser Partei öffentlich kommentieren muss. Mein Verständnis von gemeinsamer Zusammenarbeit in der Regierung ist, dass so eine Frage, wie der Umgang mit Bestandteilen des Haushaltspaketes, wo es noch Meinungsverschiedenheiten gibt, dass das in der Regierung geklärt wird. Die haben eine Einigung dort im Juli getroffen. Dann haben sie gesagt, sie holen ein Gutachten zu strittigen Fragen ein. Jetzt liegt das Gutachten vor und dann hat man das im kleinen Kreis zu besprechen. Daran hat der Kanzler jetzt erinnert und ich finde, damit muss die öffentliche Debatte darüber jetzt auch seitens der Koalitionäre vorbei sein.

Schmidt-Mattern: Ja, gut, aber Sie befeuern ja als SPD die öffentliche Debatte selbst mit. Etwa, wenn Ihr Parteichef heute früh im Interview von öffentlichem Zirkus spricht. Vertrauen Sie, Herr Kühnert, der FDP eigentlich noch?

Kühnert: Ich vertraue der gemeinsamen Arbeitsgrundlage, die wir haben, dem Koalitionsvertrag und den Absprachen, die wir treffen. Am Ende ist die FDP natürlich eine eigenständige Partei, die auch eigene Interessen verfolgt. Die stehen jetzt auch vor den Landtagswahlen im Osten und wollen auch nächstes Jahr bei der Bundestagswahl gewählt werden. Und da kommen die Einschläge jetzt einfach mehr. Das führt dazu, dass ich manchmal die Augen verdrehe, aber es ist so.

Schmidt-Mattern: Also spielt jetzt in dieser Koalition jeder nur noch auf eigene Rechnung?

Kühnert: Nein. Das ist nicht der Fall, denn wir haben ja daneben trotzdem das Regierungsgeschäft immer gut hinbekommen. In jeder Sitzungswoche werden Gesetze von der Ampel beschlossen. Wir werden auch den Haushalt in diesem Herbst gut miteinander hinbekommen. Aber die Knirsch-Geräusche dabei, die sind traditionell zu laut. Ich gehöre zu denjenigen, die auch aufgehört haben einzufordern, dass das alles viel besser werden muss. Es ist eben keine Lieblingskoalition. So ist nun mal gewählt worden 2021. Aber an so ein paar Stilregeln sollten sich einfach alle erinnern. Und ich glaube übrigens, es hat auch keine Partei einen Vorteil daraus, wenn sie so einen öffentlichen Zirkus – das ist es nun mal – veranstaltet.

Schmidt-Mattern: Wir haben nicht mehr viel Zeit, aber eine Frage noch, Herr Kühnert. Dieses Einschließen auf Christian Lindner – gestern übrigens auch bei uns hier in den Infos am Morgen von Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann – ist es klug, alle auf einen in der Ampel?

Kühnert: Also ich finde, wie man in den Wald ruft, so schallt es heraus. Und wer während des Urlaubs des Bundeskanzlers das macht, was Christian Lindner letzte Woche gemacht hat, wer auch an der Seriosität des Bundeskanzlers indirekt Zweifel sät, der darf nicht damit rechnen, dass die Parteifreunde des Bundeskanzlers darüber schweigen und die Schultern zucken, sondern dann gibt es auch Gegenwind.

Den hat es gegeben und ich glaube, damit kann man dann jetzt auch zur Tagesordnung übergehen.

Schmidt-Mattern: Mit Gegenwind jetzt also in die Landtagswahlkämpfe. Das war Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär. Herr Kühnert, danke, dass Sie sich heute Morgen Zeit für uns im Deutschlandfunk genommen haben.

Kühnert: Ich danke Ihnen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.